

Pressemitteilung

Worte allein reichen nicht - Schulöffnungen als Priorität setzen

Dresden, 23. März 2021. In der vergangenen Woche öffneten die sächsischen Schulen erstmals wieder flächendeckend für den Präsenzunterricht. Über Sinn und Umstände dieser Öffnungen wurde öffentlich ausführlich diskutiert, zuletzt in der gestrigen Bund-Länder-Beratung. Mit Blick auf diese erste Woche und die bald anstehenden Osterferien zeigt sich der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) unzufrieden mit den aktuellen Entwicklungen:

„Präsenzunterricht ist besser als Online-Lernen. Über alle Klassenstufen hinweg gibt es bei Schülerinnen und Schülern den Wunsch und den Bedarf nach Unterricht im Klassenzimmer statt vor dem Laptop. Es ist die vorrangige Aufgabe des Kultusministeriums und der Staatsregierung, dem Rechnung zu tragen. Bis jetzt sind sie dabei nur mäßig erfolgreich“, so die LSR-Vorsitzende Joanna KESICKA. „Viele Schülerinnen und Schüler sind frustriert über das, was in den letzten Tagen und Wochen passiert ist. Das Hin und Her einzelner Landkreise, die unverständliche Schul-Notbremse der SächsCoronaSchVO, der Fehlstart der Teststrategie und das Gefühl von genereller Planlosigkeit. Nebenbei haben Schüler mit Lerndruck, Notenflut und noch immer mangelhaftem Online-Lernen zu kämpfen. Wir fragen uns: ist das die Priorität für schulische Bildung, die auf diversen Pressekonferenzen immer wieder beschworen wurde?“, führt KESICKA aus.

Die Sicherstellung des Präsenzunterrichts ist nur mit einem klaren und konsequentem Bekenntnis zur besonderen Rolle der Schulen möglich. Präsenzunterricht an Schulen ist kein Öffnungsschritt unter vielen.

Der LSR fordert von der Staatsregierung einen langfristigen Plan zur Schulöffnung, der konkrete Zielstellungen statt nur mündlichen Erklärungen beinhaltet. Es sind aus Sicht des LSR folgende Aspekte zu berücksichtigen, um Präsenzunterricht für alle zu ermöglichen:

- eine effektive Teststrategie mit dem Ziel, an jedem zweiten Schultag einen Selbsttest durchzuführen. Ein erster Schritt ist die Marke von zwei Tests pro Woche.
- kostenlose FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler.
- eine Einschränkung des Sportunterrichts an weiterführenden Schulen, zumindest bis das Wetter sportliche Aktivitäten an der freien Luft dauerhaft zulässt. (In diesem Zusammenhang ist weiterhin unverständlich, warum allorts Wert auf größtmöglichen Infektionsschutz gelegt wird, nicht aber beim Schulfach Sport, das nahezu unvermeidlich mit vielen Kontakten und ohne Masken oder Mindestabstand einhergeht.)
- eine Einschränkung klassenübergreifender Gruppen in der Sekundarstufe I.
- eine konsequente Durchführung der Hygienemaßnahmen, ein dauerhafter Dialog mit den Trägern zur Bereitstellung von Hygieneartikeln (Desinfektionsmittel, Seife usw.) und

- ggf. gemeinsame Beschaffung durch den Freistaat.
- ein Verbot von Notenerhebungen in den ersten Wochen der Präsenzbeschulung gelten. Wir halten es für falsch, Schülerinnen und Schüler direkt in ihren ersten Präsenzstunden mit Tests und Klassenarbeiten zu beschäftigen, statt ihnen Unterricht anzubieten.
 - Planen und Inaussichtstellen freiwilliger Lernangebote in Ferienzeiten, wie bereits im vergangenen Schuljahr mit der sogenannten Sommerschule, um Schülerinnen und Schülern eine Perspektive zur Vertiefung des Lernstoffs zu geben.
 - Prüfung der Einhaltung von im Februar veröffentlichten „Standards für die häusliche Lernzeit“ durch die Schulaufsicht.
 - Schulsozialarbeitern und anderen Jugendhilfeträgern, die Schülerinnen und Schüler bei inner- und außerschulischen Problemen helfen können, Zugang zu Schulen ermöglichen und ihnen ebenfalls Selbsttests aus den Schulkontingenten zur Verfügung stellen, statt die Testung den entsprechenden Trägern zu überlassen.

Insbesondere braucht für die Schülerinnen und Schüler von berufsbildenden Schulen, die im Rahmen ihres Ausbildungsganges zeitnah eine Zwischenprüfung abzulegen haben, brauchen ein Vorbereitungsangebot von ihren Schulen. An den Fachoberschulen muss zudem die Belegungspflicht für die Nicht-Prüfungsfächer, die aktuell gilt, entfallen, um auch diesen Schülerinnen und Schülern eine angemessene Prüfungsvorbereitung zu ermöglichen.

Zudem muss die Staatsregierung eine sinnvolle Schul-Notbremse in der Corona-Schutz-Verordnung schaffen. Schulen müssen unabhängig von reinen Inzidenzwerten öffnen oder schließen. Statt starrer Grenzen braucht es Beurteilungsspielräume, ab wann SMK und SMS Schulschließungen verfügen. Dass Schließungen notwendig sind, wenn die Lage sich an Schulen oder im Landkreis zuspitzt, steht außer Frage – mit einem konsequenten und stabilen Schulöffnungsplan ist es trotzdem vertretbar, Schulen schrittweise zu öffnen, wenn die Schulen selbst nicht die Hotspots sind.

Weiterhin muss ein Entkoppeln von Schulen und Kitas stattfinden, die bisher in der Verordnung noch in einem Atemzug genannt werden. Mit Schülerinnen und Schülern lassen sich andere Schutzmaßnahmen realisieren als mit Kita-Kindern, wodurch Schulen nicht so früh geschlossen werden müssen.

Darüber hinaus muss die Kultusverwaltung ihre Maßnahmen kommunizieren. Es verfestigt sich zunehmend der Eindruck, dass selbst Schulleiter unter Schulleiterschreiben und Blog-Einträgen den Überblick verlieren. Gleichzeitig finden sich manche Informationen nicht öffentlich nachlesbar, sodass Schülerinnen und Schüler und ihre Vertreter kaum Möglichkeiten haben, Vorgaben des SMK von ihren Schulen einzufordern. Eine öffentliche Informationsquelle, die für jede einzelne Schulart die aktuellen Maßnahmen auflistet und entsprechend aktualisiert wird, wäre hilfreich für alle Beteiligten.